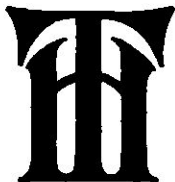


Koschminer Zeitung

und Anzeiger für die Städte Borek und Pogorzela

mit der Beilage: Amtliches Kreisblatt für den Kreis Koschmin

Die Koschminer Zeitung erscheint Mittwoch und Sonnabend, das „Amtliche Kreisblatt“ als Beilage jeden Sonnabend. o Bezugspreis durch die Post oder unsere Geschäftsstelle vierteljährlich 1,20 Mark, durch den Briefträger frei ins Haus 1,38 Mark. o Einzelne Nummer 10 Pfg.



Anzeigen werden mit 15 Pfg., im Reklameteil mit 30 Pfg., im Amtlichen Kreisblatt mit 25 Pfg. für die kleine Zeile oder deren Raum berechnet und bis Dienstag oder Freitag vormittags 9 Uhr erbeten. o Annoncen-Aufnahme für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen.

Fernsprech-Anschluß Nummer 34

Verantwortlicher Redakteur Paul Henjes in Koschmin o Druck und Verlag von Hermann Tuch in Koschmin

Telegramm-Adresse: Zeitung Koschmin

Politische Wochenschau.

Es hat deutscher Art entsprochen, daß des 18. Januars, des vierzigsten Geburtstages des deutschen Reiches im Reichstage und in der preußischen Volksvertretung ohne alle löbenden Worte gedacht worden ist. Indem die Präsidenten die große historische Tatsache konstatierten, und die Abgeordneten sich von den Sitzen erhoben, ehrten die Vertreter der Nation die genialen Männer, welche 1871 im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles das Ruhmeswerk krönten, das unser Heer, das deutsche Volk in Waffen, geschaffen hatte. Es ist tief bedauerlich, daß in den Freudenbüchern dieses Tages durch das Unglück des Unterjochbootes in Kiel, welches zwei Offizieren und einem Matrosen das Leben kostete, ein Vermutstropfen fiel. Herzliche Teilnahme haben wir den Toten gewidmet; doch mit dem Beileid verband sich ein hoher Stolz auf die Selbstlosigkeit und den Todestmut unserer Marine. Der Befehlshaber des Fahrzeuges ging in den Tod um seine Mannschaft zu retten. Aus allen Staaten sind Trauerkundgebungen gekommen, Tapferkeit und Treue bis in den Tod werden überall geehrt.

Der Reichstag behält in seiner Tätigkeit das Tempo bei, welches verheißt, daß die wichtigsten Gesetzeswürfe der Session auch ihre Erledigung finden werden. Trotz der bevorstehenden Wahlen halten sich die Reden noch in maßvollen Grenzen, die Empfindung, daß etwas Neues nicht wohl mehr vorgebracht werden kann, ist doch weit verbreitet. Die Wertzuwachssteuer und die neuen Telephongebühren sind in zweiter Lesung angenommen; einzelne Meinungsverschiedenheiten, die noch obwalten, werden bei der dritten Beratung sich ausgleichen lassen. Unsere Veteranen dürfen also hoffen, daß ihnen zuteil wird, worauf sie ein Recht haben. Lebhafter ging es im preußischen Abgeordnetenhaus zu, wo bei der Staatsberatung namentlich die Berliner Straßenkrawalle zu scharfen Auseinandersetzungen führten. Die Folgen davon sollen sich bald zeigen. Alle neuen Versuche in dieser Richtung werden streng unterdrückt, und das gar zu weit-schweifige Gerichtsverfahren, wie es sich in Moabit zeigte, soll eingeschränkt werden. In Paris und London ist das bekanntlich längst so, da folgt die Beurteilung dem Vergehen auf dem Fuße. Der Reichszentralrat nahm an diesen Debatten, die von dem neuen Minister des Innern von Dallwitz geführt wurden, nicht teil, er empfing beim Krönungsfeste im Berliner Schlosse gerade an diesem Tage die Insignien des Schwarzen Adlerordens. Nicht mehr in Betracht für diese Zeitung kommt das neue Privatbeamten-Versicherungsgesetz; die Besprechung des jetzt veröffentlichten Entwurfs wird aber das Gute haben, daß die spätere Erledigung eine glatte ist.

Die französische Deputiertenkammer hat bewegte Sitzungen erlebt. In den Erörterungen über die auswärtige Politik gerieten die Redner ziemlich lebhaft aneinander, wenn auch nicht gerade um der so viel besprochenen Potsdamer Begegnung willen; der Minister des Auswärtigen hatte es verstanden, dem Argwohn Ausland könnte seine Haltung ändern, die Spitze abzubreaken. Aber die Franzosen machen sich nun einmal große Sorgen, wenn sie keine haben und so regten sie sich jetzt wegen der Absicht der holländischen Regierung auf, den Hafen Wlissingen in eine Seefestung umzuwandeln, weil das für Deutschland wichtig sein könnte. Wir kümmern uns überhaupt nicht darum. Sein altes Glück hat der Premierminister Briand behalten; die ihm von einem Geisteskranken zugedachte Revolverkugel ging haarförmig an ihm vorüber. Der Fall hat aber keine andere Bedeutung, als die, besser auf nicht normale Leute zu achten. In England ist die Stimmung gegen uns besonnener geworden, während in Petersburg die bekannten Kreise munter weiter politischen. Harte Arbeit hat das neue österreichische Ministerium Bienenrath im Wiener Reichsrat, das sofort bei seinem ersten Erscheinen mit tschechischem Hallo begrüßt wurde. Es dämmert aber schon die Einsicht, daß ein tüchtigerer leitender Staatsmann, wie der gegenwärtige, nicht zu finden ist. In Italien betreibt man die Vorbereitungen für die Jubiläums-Ausstellungen in Rom und Turin mit vielem Eifer. Deutschland wird unter allen fremden Staaten der größte Teilnehmer sein.

Das Kaiserreich Japan, die erste Macht im fernem Osten, hatte sich lange Zeit über die sozialistisch-anarchistische

Bewegung in Europa und Amerika erhaben gewöhnt, und die Regierungen in Tokio waren auch der Ueberzeugung gewesen, daß es ihnen gelingen würde, dem Staate seinen nationalen Charakter zu bewahren. Wie sich jetzt aus dem Endurteil in einem großen Verschwörerprozeß ergibt, ist diese Freihaltung des Inselreiches von solchen Elementen nicht gelungen, es gibt japanische Anarchisten. Damit wird klargelegt, daß auch die japanische Großmacht die ohnehin unter schweren wirtschaftlichen Kalamitäten leidet, ihre Kräfte hat, die den Wunsch nach Frieden im Osten verstärken werden. — Die junge portugiesische Republik ist der Schwierigkeiten, die aus dem Ausstauere der Eisenbahnanlagen und von Arbeitern drohten, erfolgreich Herr geworden. Geipannt bleibt die Lage immerhin.

Deutsches Reich.

— Unser Kaiser empfing gestern Donnerstag vormittag das Präsidium des preußischen Herrenhauses und das Präsidium des Abgeordnetenhauses. Abends fand im Schlosse die große Galacour dieses Winters statt. — Generalstabchef v. Hülse, der Donnerstag seinen 75. Geburtstag feierte, ist an einer leichten Grippe erkrankt. Czerning v. Hülse muß das Bett hüten; er befindet sich auf seinem Gute Hornkop.

— Die Reichstagsverhandlungen nahmen nicht ganz den erwarteten Verlauf. Man hatte in dem aufgestellten Arbeitsplan drei Sitzungstage für die zweite Lesung der Reichswertzuwachssteuer zur ausreichenden Erhaltung; als die Frist verstrichen war, hatte man die umstrittensten Punkte des Gesetzesentwurfs, die über die Staffelung der Steuer und über den Anteil, der aus ihrem Ertrage dem Reiche, den Einzelstaaten und den Gemeinden zufallen soll, noch nicht berührt. Auch wurden verschiedene Änderungs-wünsche für die dritte Lesung zurückgestellt, so daß der Ausgang der zweiten Beratung nicht die Möglichkeit späterer Ueberraschungen vollständig ausschließt. An solche Möglichkeit aber scheinen die keineswegs vereinzelten Kreise zu glauben, aus deren Mitte noch fortlaufend Proteste gegen die Steuer an den Reichstag gelangen. Da aber nicht nur das Schicksal der neuen Militärvorlage, sondern auch das dem ganzen deutschen Volke am Herzen liegende der erhöhten Veteranenfürsorge von der Annahme der Reichswertzuwachssteuer abhängt, so darf man an der Hoffnung festhalten, daß die Regierungsvorlage, wenn auch unter unerwarteten Schwierigkeiten und Verzögerungen schließlich doch Gesetz wird. — Nach ihr kommt die neue Fernsprechgebührengordnung im Reichstage zur zweiten Lesung. Diese Vorlage wird trotz des Widerstandes der Minderheit zwieseltlos in den sicheren Hafen bugsiert werden. Darauf folgt die mit großer Spannung erwartete erste Lesung der elsass-lotharingischen Verfassungsvorlage, die der jüngste Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, der Reichszentralrat von Bethmann Hollweg, in der kommenden Woche persönlich einzubringen beabsichtigt.

— Preussisches Abgeordnetenhause. Ein aktuelles Thema, die angeblichen Uebergriffe von Landräten, stand gestern Donnerstag zur Verhandlung. Die fortschrittliche Interpellation in dieser Sache begründete der Abg. Lippmann (Sp.). Er sprach davon, daß Preußen unter einer agrarisch-konservativen Minorität stehe und legte sodann das Tatsächliche der Interpellation dar. Der Landrat Schröder in Verleburg habe einen Lehrer zur Rede gestellt, der ihn nicht höflich genug grüßte; einem Milchhändler sei die Lieferung für das Kreiskrankenhaus entzogen worden, weil er der Frau Landrat nicht die Milch zuerst brachte. Das Haus nahm diese Mitteilungen mit einem „nassen und heiteren Auge“ auf, es herrschte oft eine ironische Heiterkeit. Auch die im Reichstagswahlkreis Labiau-Wehlau stattgehabten Wahlzwischenfälle brachte der Redner eingehend zur Sprache. Auf den Landratsämtern seien konservative Flugblätter verteilt und das Kreisautomobil sei zur konservativen Wahlagitacion benutzt worden. Als bei einem Fall von links „Freiheit“ gerufen wurde, meinte der Redner, „da hören sie die Stimme des Volkes“, was auf der Rechten stürmischen Gefächler hervorrief. Redner führte dann noch zahlreiche Zwischenfälle aus den letzten Wahlkämpfen an. Nach der mehrstündigen Rede des Interpellanten ergriff Minister des Innern von Dallwitz das Wort, um die Vorwürfe zurück-

zuweisen. Die Landräte stammen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Die aufgestellten Behauptungen unterliegen teilweise noch dem Richter, zum Teil sind sie irrig. Das Ministerium hat viel Arbeit von den Beschwerden gehabt, aber alle genau geprüft. Der Minister nimmt den Landrat in Greifswald in Schutz; dieser sei der eigentliche Verfolgte gewesen, nicht Herr B. Der. Dem Redner ist nichts bekannt geworden, was den Vorwurf der Parteilichkeit für die Landräte rechtfertigt. (Bisfall rechts, Unruhe links.) Abg. von Preussens Lechn (Lohn) tritt dem Minister in vollem Umfange bei. Ergo zu Landräte jet gehebt nicht umgekehrt.

— Die Reichstagskommission für die Versicherungsordnung nahm einen Zentrumsvorschlagn an, wonach bei den Betriebs- und Innungsrentenkassen der Arbeitgeber den Vorrang führt. Er hat ein Drittel, die Versicherten zusammen haben zwei Drittel der Stimmen. Für die Landkassen wurde die Zustimmung getroffen: Ist der Versicherte über die Geltungsdauer des Arbeitsvertrages hinaus krank und arbeitsunfähig, so tritt sein Anspruch auf Krankengeld wieder in Kraft. Der Arbeitgeber hat der Kasse das Krankengeld zu erstatten. — Die Budgetkommission des preussischen Landtags begann die Staatsberatung beim Landwirtschaftsminister. Der Minister erklärte auf Anfrage, daß eine Erleichterung zur Einfuhr ausländischen Fleisches für Preußen nicht zu erwarten sei. Von dem meisten Rednern wurde die günstige Lage der Landwirtschaft hervorgehoben.

Locale und Kreis-Nachrichten.

(Mitteilungen unserer Leser über interessante Vorkommnisse sind die Schriftleitung stets willkommen.)

Koschmin, den 18. Januar 1911.

× Aus dem Stadtparlament. Am Mittwoch nachmittag traten die Stadtväter zu einer Sitzung, der ersten in diesem Jahre, zusammen. Zunächst wurden die wieder- bzw. neugewählten Stadtverordneten, Herren Sanitätsrat Dr. Fuchs, Fleischmeister Süßmann und Kreis-schulinspektor Weikensstem durch Herrn Bürgermeister Jahnke eingeführt und an Eiderkatt mittels Handschlages verpflichtet, worauf die Wahlen des Büros vorgenommen wurden. Wiedergewählt wurden zum Stadtverordneten-Vorsitzenden Herr Justizrat Kantorowicz, zu dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Bernh. Fuchs, zum Schrift-führer Herr Dr. Wyszynski und anstelle des verstorbenen stellvertretenden Schriftführers Stawicki wurde Herr Kreis-schulinspektor Weikensstem gewählt. Zum Protokoll-führer wurde wieder Herr Stadtschreiber Franke bestimmt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der Finanzausschuß, wie bisher, aus den Mitgliedern des Büros bestehe. Ueber die vertragte Vorlage der Wertzuwachssteuer referierte Herr Stadtverordneter Bernh. Fuchs. Herr Stadtverordneter Dr. Wyszynski gab seiner Meinung dahin Ausdruck, erit die Reichswertzuwachssteuer abzuwarten, damit wir unsere Beschlüsse nicht wieder abändern müssen. Auch Herr Bürgermeister Jahnke hielt es am praktikabelsten, die Sache von der Tagesordnung zurückzuziehen. Nachdem wir solange gewartet, können wir nun auch noch bis zur Einführung der Reichswertzuwachssteuer warten und werden sehen, ob die Steuer zu unseren Gunsten verwendet werden kann. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden. — Von der Erhebung der 380 Mark betragenden Umsatzsteuer von dem Verkauf des Grundstücks Niedelsdorf nahm die Versammlung mit Rücksicht darauf, daß auch der Kreis mit seinem Anspruch im Verwaltungsstreitverfahren abgewiesen worden ist, Abstand. In dem seitens des Kreises anhängig gemachten Verwaltungsstreitverfahren wurde festgestellt, daß das Vorwerk Niedelsdorf zu Ansiedlungszwecken angekauft worden ist und deshalb von der Umsatzsteuer freizustellen war. — Bezüglich der Errichtung einer Bibliothek der Fortbildungsschule beharrte die Versammlung auf dem Beschluß der Versammlung vom 14. Dezember v. J.: das Kuratorium soll in dieser Angelegenheit erst gehört werden. — Eine bemerkenswerte Einrichtung, die mit Freuden von der Gechämwelt aus Stadt und Land begrüßt werden dürfte, ist mit der Einführung von Eichtagen getroffen worden. Bisher mußten die hiesigen Geschäftsleute alle zwei Jahre nach Krotzschin zum Schmeintzer fahren, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollten,